

# Pro Nonnenstieg

Initiative zum  
Schutz der Lebensqualität  
des nördlichen Ostviertels e.V.



## Pressemitteilung von Pro Nonnenstieg e.V. vom 06.12.2013

**Auslegung in der Weihnachts- und Ferienzeit:** Der Auslegung der Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplans für das Gebiet „Südlich Nonnenstieg“ (IWF-Areal) wird vom 16.12.2013 bis zum 24.01.2014 erfolgen. Die Auslegung läuft damit zwar länger als den gesetzlich vorgeschriebenen Monat. Da allerdings sowohl die Feiertage von Weihnachten und Jahreswechsel als auch die Betriebsferien der Verwaltung in diese Periode fallen, handelt es sich hierbei keineswegs um die von Herrn Stadtbaurat Dienberg vollmundig angekündigte „Kulanz“ den Bürgern gegenüber sondern schlicht um eine Verwaltungsnotwendigkeit.

**Keine Überarbeitung der Pläne vor der Auslegung:** Pro Nonnenstieg e.V. ist darüber befremdet, dass weder der Fragenkatalog der Naturschutzbeauftragten der Stadt, Britta Walbrun noch die im Zweiten Offenen Brief von Pro Nonnenstieg e.V. an Herrn Oberbürgermeister Meyer und die Ratsmitglieder aufgeworfenen Punkte vor der Auslegung beantwortet wurden. Aus Sicht von Pro Nonnenstieg e.V. hätten die Pläne zunächst sorgfältig überarbeitet und insbesondere die Voraussetzungen (Stichworte Bedarf und Flächenkataster) geprüft werden müssen.

**Hoffnung auf Zermürbung der Proteste durch langes Verfahren?** Nun wird das Verfahren unnötig in die Länge gezogen, da die zu erwartenden zahlreichen Stellungnahmen von den Bürgern bis zum 24.01.2013 vorgebracht und von der Verwaltung anschließend bearbeitet werden müssen, obwohl viele dieser Einwendungen durch eine Überarbeitung vor der Auslegung obsolet hätten werden können. Letztlich werden die Pläne aufgrund des zu erwartenden Protests aller Voraussicht nach umfangreich geändert und vielleicht sogar erneut ausgelegt werden müssen. Diese Verzögerung haben Bauausschuss und Verwaltung zu verantworten. Es drängt sich der Verdacht auf, man wolle die Bürger mittels eines langen und zeitaufwändigen Prozedur zermürben!

**Gestaltungsvereinbarung ungeachtet der Proteste der Bürger beschlossen:** Mit der auf der gestrigen (05.12.2013) 33. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planung und Grundstücke beschlossenen Gestaltungsvereinbarung zwischen der Stadt Göttingen und der Investorin EBR Immobilien GmbH, vertreten durch Barzou Rafie-Elizei (Geschäftsführer), wurden fatale Tatsachen für das IWF-Gelände geschaffen: Bei einer sog. Angebotsplanungen wie dem hier zu erstellenden Bebauungsplan Göttingen Nr. 242 „Südlich Nonnenstieg“ sind solche Verträge weder üblich noch vor endgültiger Fassung des Bebauungsplanes überhaupt sinnvoll, wie auch der Städtebauliche Beirat und der SPD-Ortsverband Ost bemängelten. Inhaltlich werden der Investorin alle Freiheiten eingeräumt, so dass der Vertrag letztlich eine Bürgerbeteiligung zum Zweck der „Bürgerberuhigung“ vorgaukelt.

**Zusatzvertrag stärker diskutiert als Bebauungsplan-Auslegung selbst – ein Ablenkungsmanöver für die Öffentlichkeit?** In drei Bauausschuss-Sitzungen wurde die den Bebauungsplan ergänzende Gestaltungsvereinbarung diskutiert. Keine der zahlreichen Anregungen der Bürger wurde in verbindlicher Form aufgenommen. Es verwundert sehr, dass ein kleiner Zusatzvertrag stärker als die Bebauungsplan-Auslegung selbst im zuständigen Gremium behandelt wird:

Die Auslegung des Bebauungsplanes wurde im Bauausschuss aufgrund des hohen Beratungsbedarfs der Ratsmitglieder (Lektüre-Umfang rund 600 Seiten!) und im Beisein vieler engagierter Bürger in der einzigen Sitzung dazu vertagt. Nur vier Tage später wurde die Auslegung jedoch hinter verschlossenen Türen durch nichtöffentlichen Beschluss im Verwaltungsausschuss ohne jegliche Änderung durchgewinkt. Dies widerspricht klar dem demokratischen Prozess: Eine Beteiligung der Bürger ist, wie sich auf der gestrigen Bauausschuss-Sitzung deutlich zeigte, entgegen früherer Lippenbekenntnisse der Ratspolitiker nicht unbedingt erwünscht.

**Bürgerinitiativen als „Störfaktor“:** Auf der Bauausschuss-Sitzung wurde den interessierten Bürgern zu später Stunde sogar vorgeworfen, sich zu sehr in die Politik der gewählten Volksvertreter „einmischen“ zu wollen. Dieser absurde Vorwurf ist eine Ohrfeige für die Demokratie und eine Schande für Göttingens Ratspolitiker, namentlich für den Wortführer Bürgermeister Ulrich Holefleisch (Bündnis 90/Die Grünen)! Pro Nonnenstieg e.V. lässt sich nicht „den Mund verbieten“ und sammelt weiterhin Unterschriften für das letzte den Bürgern verbliebene Mittel der direkten Demokratie: den Einwohnerantrag. Weitere Informationen dazu unter [www.pro-nonnenstieg.de](http://www.pro-nonnenstieg.de). Als juristischer Option steht der Bürgerinitiative Pro Nonnenstieg e.V. auch der Weg eines Normenkontrollverfahrens offen.